



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann SPD**

Durchführung einer Anhörung zum Thema „Rechtsextremismus in der EU: Bestandsaufnahme und Gegenstrategien“

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen führt im Jahr 2022 eine Expertenanhörung zum Thema „Rechtsextremismus in der EU: Bestandsaufnahme und Gegenstrategien“ durch.

Dabei sollen insbesondere die unterschiedlichen Ausprägungen des Rechtsextremismus in der EU und ihren Mitgliedsländern untersucht werden. Es ist darzustellen, wie sich die rechtsextremen Szenen in der EU verändern und vernetzen. Mögliche Gegenstrategien der EU und ihrer Mitgliedsländer sind zu erörtern.

Begründung:

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stellen für das friedliche und demokratische Zusammenleben in einer Pluralen Gesellschaft eine akute Bedrohung dar. Die gestiegene Zahl und Intensität von rechtsextremen Gewalttaten in Europa ist besorgniserregend. Rechtsextreme Gruppierungen nutzen verstärkt Verschwörungstheorien und Falschinformationen, um Hass zu schüren und die Gesellschaft zu spalten. Die Coronapandemie hat den Rechtsextremismus in Europa vielerorts verschärft. Nicht nur in Deutschland sind Rassismus und Antisemitismus Kernbestandteil der Coronahetze (s. u. a. Studie „State of Hate – Far Right Extremism in Europe 2021“ der Antonio Amadeu Stiftung).

Die Anhörung im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen soll dazu dienen, den Sachverhalt zu erhellen sowie bestehende Handlungskonzepte und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zu prüfen, zu aktualisieren und weiterzuentwickeln.